

Antrag I-2

Jusos Sachsen

Sonderparteitag zur Beendigung der Großen Koalition

1 Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung in einem eigenen Block nach dem Bericht der Landtagsfraktion am
2 28.10.2018

3 Die letzten sechs Monate haben gezeigt: Die Arbeit der Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD kann die Bür-
4 gerinnen und Bürger in Deutschland nicht überzeugen. Das Kopfschütteln über Fehlentscheidungen rund um die Per-
5 sonalie Maaßen und der unverständliche Umgang mit dem Dieselskandal sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Aber
6 auch bei der konkreten Umsetzung des Koalitionsvertrags und bei weiteren vereinbarten Vorhaben ist an diversen Stel-
7 len kaum Fortschritt zu erkennen. So werden weiterhin Waffen an Staaten geliefert, die am Jemen-Krieg beteiligt sind,
8 die Finanztransaktionssteuer liegt auf Eis und die Reform des Berufsbildungsgesetzes verzögert sich weiterhin. Auch
9 mit Blick auf eine nachhaltige Klimapolitik, eine fairere Handelspolitik oder die berufliche Integration von Geflüchte-
10 ten werden die eigenen Ansprüche aus dem Vertrag bisher nicht erreicht. Ebenso schmerzlich vermissen wir bisher eine
11 Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a).

12 Auch wenn sich die SPD an einigen Stellen auch durchsetzen konnte, überzeugt die Regierungsarbeit in vielen Bereichen
13 noch nicht. Dabei genießt nicht nur die Koalition insgesamt immer deutlich weniger Zutrauen, auch die SPD stürzte
14 seit Ende August von ihrem ohnehin schlechtesten Wahlergebnis noch einmal deutlich ab und befindet sich in vielen
15 Umfragen nur noch auf Platz 3. Die Menschen, die wir vertreten wollen, glauben uns in weiten Teilen nicht mehr. Dies
16 ist grundsätzlich keine neue Entwicklung, sondern Ergebnis eines fatalen Prozesses in den letzten 20 Jahren. Aber auch
17 innerparteilich verfängt das ewige Mantra vom „guten Regieren“ und dem „besseren Verkaufen“ kaum noch.

18 In dieser schwierigen Lage fordern wir die umgehende Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitags, der
19 über das Ende der Großen Koalition entscheidet. Die SPD hat sich in einem Mitgliederentscheid für die Große Koalition
20 ausgesprochen, dementsprechend sollte auch eine Beendigung nicht nur im kleinen Kreis des Parteivorstands entschie-
21 den werden. Dies ist ein geordnetes, nachvollziehbares und demokratisches Verfahren. Auf diesem Sonderparteitag
22 sollten in einem angemessenen Rahmen auch weitere konkrete Schritte zur inhaltlichen und organisatorischen Er-
23 neuerung der SPD beraten werden. Unverzichtbar ist u.a. eine glaubhafte Distanzierung von programmatischen und
24 strategischen Fehlern der Vergangenheit. Dazu gehört für uns in erster Linie ein Schlussstrich unter Hartz IV und andere
25 Fehler in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, aber vor allem eine Antwort auf die relevanten Zukunftsfragen in diesen
26 Bereichen. Personelle Veränderungen im Rahmen dieser Neuaufstellung sind möglich, aber kein Selbstzweck.